



**Christine Lambrecht**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

 [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

### **Lambrecht: „Erbchaftssteuer bleibt und wird gerechter gestaltet“**

*Berlin/Viernheim, 16. April 2007* – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat die Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Unions-Fraktion Meister zu einer Abschaffung der Erbschaftssteuer hart kritisiert. „Das ist ein populistischer Rohrkrepierer. Meister steht auch in den eigenen Reihen damit völlig alleine. Die Koalition hat eine Reform der Erbschaftssteuer vereinbart und wird diese auch durchführen“.

Die Polemik Meisters gegen die Erbschaftssteuer widerspreche den Tatsachen. „Sieht man sich die Zahlen der letzten Jahre an, so muss man feststellen, dass pro Jahr nur rund 122.000 Personen Erbschaftssteuer zahlen. Erbschaften bis 10.000 Euro fallen in der Regel ganz aus der Besteuerung und nur rund 4 Prozent der Erben haben mehr als 250.000 Euro bekommen“, so Lambrecht. „Genau um diese 4 Prozent geht es aber bei der Reform des Erbschaftsrechts. Die Bezieher und vor allem die Erben sehr großer Vermögen tragen viel zu wenig zum Steueraufkommen in Deutschland bei“, so Lambrecht. „Liegt die Abgabenquote bei der Belastung von Arbeitseinkommen in Deutschland bei rund 35%, so beträgt sie bei vererbten Vermögen nur geschätzte 2,5%“.

Auch im internationalen Vergleich werde deutlich, wie sehr die Thesen Meisters ins Leere gehen. „In Deutschland betragen im Jahr 2005 die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer gerade einmal 0,18 Prozent des Bruttoinlandprodukts, in den von den wirtschaftsliberalen sonst immer so hochgelobten USA waren es 38,8 Prozent mehr. Dies zeigt den Handlungsbedarf“, so Christine Lambrecht.



**Christine Lambrecht**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

 [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

Man müsse bei der Diskussion deutlich machen, dass nicht die Erben vom sprichwörtlichen kleinen Haus der Oma Ziel der Erbschaftssteuerreform seien, wohl aber die der Villa in Blankenese. Gerade der Urteilspruch des Bundesverfassungsgerichts mache hier eine Neuregelung im Immobilienbereich nötig.

Wichtig sei der Solidargedanke bei einer Neuregelung. „Bei sehr hohen Erbschaften ist es so, dass die Allgemeinheit, die die Rahmenbedingungen geschaffen hat, dass so ein Vermögen angehäuft werden konnte, einen Anspruch auf einen kleinen Teil des Vermögens hat“, so Lambrecht. „Es haben schließlich alle etwas davon, wenn die eingenommenen Erbschaftssteuern in Bildung und Infrastruktur investiert werden“.

Die Erbschaftssteuer sei im Übrigen eine Steuer, die den Ländern zugute komme, betonte Lambrecht und bezweifelte, dass Meister dafür bei Unions-Ländervertretern Unterstützung bekommen würde. Das deute darauf hin, dass er sich nur über die Osterpause auf Kosten der Koalition profilieren wollte. „Dieser Versuch ist kläglich gescheitert“, so Lambrecht.

„Die Abschaffung der Erbschaftsteuer ist mit der SPD nicht zu machen. Die maßvolle Erbschaftssteuer ist ein Gebot der Gerechtigkeit“, bekräftigte Christine Lambrecht.